

Bericht	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 104 - Straßen und Verkehr
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Dirk Lange +49 202 563 5659 dirk.lange@stadt.wuppertal.de
	Datum:	11.07.2019
	Drucks.-Nr.:	VO/0677/19 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
05.09.2019	Ausschuss für Verkehr	Entgegennahme o. B.
Teilnahme an der Kampagne "Liebe braucht Abstand" - Vertreter des AfV für die Sicherheitskonferenz		

Grund der Vorlage

Verwaltungsvorschlag.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Verkehr nimmt den Bericht der Verwaltung ohne Beschluss entgegen und entsendet drei Vertreterinnen bzw. Vertreter zur Sicherheitskonferenz am 20. November 2019.

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Meyer

Begründung

Das aktuelle Radverkehrskonzept sieht neben infrastrukturellen Maßnahmen auch eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Nahmobilität vor. Mitgliedstädten im Zukunftsnetz Mobilität und der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e. V. (AGFS) bietet sich die Möglichkeit mit geringem finanziellen Eigenanteil an der Verkehrssicherheitskampagne „Liebe braucht Abstand“ teilzunehmen. Die Kampagne wird durch die in diesem Bereich erfahrene P.3 Agentur für Kommunikation und Mobilität realisiert und ist bereits unter anderem in Dortmund erfolgreich durchgeführt worden. Sie wird dabei durch das Ministerium

für Verkehr NRW und die Verkehrswacht gefördert beziehungsweise unterstützt. Nach erfolgreicher Bewerbung wurde die Stadt Wuppertal als eine von sechs Mitgliedsstädten in NRW dafür ausgewählt.

Der Schwerpunkt liegt im problematischen Abstandsverhalten zwischen den Verkehrsteilnehmern, vor allem dem Kfz-Verkehr gegenüber Radverkehr, aber auch Radverkehr zu Fußverkehr und anderen Akteuren. Diese Thematik betrifft Wuppertal im Besonderen, da durch die fehlenden Radverkehrsanlagen Fahrradfahrer häufig gemeinsam mit dem motorisierten Verkehr geführt werden. Dies erfordert speziell an Hauptverkehrsstraßen ein hohes Maß an Rücksichtnahme. Das Befahren von Einbahnstraßen in Gegenrichtung basiert ebenfalls auf gegenseitiger Rücksichtnahme. Konflikte zwischen dem Rad- und Fußverkehr sind in Wuppertal gleichermaßen vorhanden, die fehlenden Radverkehrsanlagen drängen unsichere Radfahrerinnen und Radfahrer auf den Gehweg und freigegebene Fußverkehrsanlagen bedingen ein umsichtiges Miteinander. Die Nordbahntrasse im Spannungsfeld zwischen Alltags- und Freizeitverkehr ist ein weiteres Beispiel einer wuppertalspezifischen Problemstellung. Auch bei Umsetzung entsprechender infrastruktureller Maßnahmen wird aufgrund des steigenden Mobilitätsbedürfnisses und der begrenzten Flächen die gegenseitige Rücksichtnahme zukünftig ein unabdingbarer Baustein der Verkehrssicherheit sein.

Das erste Element der Kampagne ist eine Verkehrssicherheitskonferenz. Auf dieser erarbeiten Vertreter aus Verwaltung, Politik, Bürgerschaft sowie der Stadtwerke, Polizei, Fahrschulen, Schulen, Verkehrsinitiativen und –verbände eine gemeinsame Deklaration, welche Grundlage zukünftiger Verkehrssicherheitsarbeit werden soll. Als Vertreter der Politik wird der Ausschuss für Verkehr gebeten drei Vertreter zu entsenden, welche einmalig an einem Abendtermin (17 Uhr) am 20. November 2019 teilnehmen sollten. Auch der Beirat der Menschen mit Behinderung, der Seniorenbeirat, der Jugendrat und der Beirat Bürgerbeteiligung sind aufgefordert Vertreter zu entsenden. Darauf folgend soll die erarbeitete Deklaration durch den Stadtrat beschlossen und veröffentlicht werden. Aufbauend findet ein Aktionstag in der Elberfelder Innenstadt mit verschiedenen Aktionen statt, um die Verkehrsteilnehmer in Wuppertal für dieses Thema zu sensibilisieren. Abschließend wird der Verlauf auf einer Abschlussveranstaltung ausgewertet.

Weitere Informationen zu Inhalt und Ablauf der Kampagne können der beigefügten Broschüre entnommen werden.

Kosten und Finanzierung

Die Kampagne wird durch das Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert und durch die AGFS mit Unterstützung des Zukunftsnetzes Mobilität organisiert. Der Eigenanteil in Höhe von 1 500 € steht im PSP-Element 1 510 401 („Beauf. nicht. Verkehr“) im Haushaltsjahr 2019 zur Verfügung.

Zeitplan

Juli 2019:	Auftaktgespräch mit der Verwaltung hat stattgefunden
November 2019:	Sicherheitskonferenz
Beginn 2020:	Deklaration, Ratsbeschluss, Pressekonferenz
Frühjahr 2020:	Aktionstage
Sommer 2020:	Abschlussworkshop

Anlagen

Anlage 01 – Präsentation zu Inhalt und Ablauf der Kampagne